bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 03 | 04. Februar 2005

Rechte Szene 2

Geschlossenheit der "Volksfront"
Neonazis in Schleswig-Holstein unterstützen die NPD bei den Wahlen auf dem „Weg zur Macht“.

Angeblich gewaltfrei
Bis in den März hinein wird in München gegen Mitglieder der Kameradschaft Süd verhandelt.

Bedrohung in der Szene
Rechts-Autonome provozieren die altgedienten Kader.

Wahlkampf mit Musik
Mit Konzerten wird das Fußvolk der Neonazis bei der Stange gehalten.

"Ein besseres Deutschland"
"Bürgerinitiative" agitiert gegen Türken.

Gezielter Anschlag
Jugendtreffs im Visier der Rechtsextremen.

Illustre Verbindung
Geschichtsrevisionisten geben sich bei der Burschenschaft Danubia ein Stelldichein.

Ausland 7

Auf Tauchstation
Hoffnungsträgerin des FN lässt Parteiämter ruhen.

Zerstrittenes Management
Rechtsextremes Musiklabel vor dem Aus.

Seitenblick 8

"Gewachsene Gedenkkultur"
In Dresden mangelt es zum 60. Jahrestag der Bombardierung an der kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Mit bis zu 5000 Rechtsextremisten wird am 13. Februar gerechnet.

Demokratische Initiativen 9

Verantwortung zeigen
Bei der Erinnerungsarbeit an den 27. Januar waren die Medien zum 60. Jahrestag besonders aktiv.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Phantomsuche
Eine Kopfprämie zur Aufspürung von noch lebenden NS-Verbrechern verspricht wenig Erfolg.

Rezensionen 11

Ein ungewöhnlicher Wandel

Meldungen 12

Rechte Szene

Geschlossenheit der "Volksfront"

Neonazis in Schleswig-Holstein unterstützen die NPD bei den Wahlen auf dem „Weg zur Macht".

Die Ansage der Polizei durch den Lautsprecher des Wasserwerfers ist unüberhörbar: „Sie begehen schweren Landfriedensbruch". „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten", erwidern die Demonstranten lautstark. Knallkörper und Steine fliegen auf die Polizeikette. Der Wasserwerferbeschuss folgt, die Polizisten stürmen nach.

Kiel am 29. Januar: Über 7500 Menschen folgen am Samstagmittag dem Aufruf „Kein Nazi-Aufmarsch in Kiel" des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus. Bereits am Vormittag sind etwa 1500 zu einer Demonstration der Landesparteien, Gewerkschaften und Kirchen gekommen. Sie alle protestieren, weil die „Freien Kameradschaften" (FK) in der Innenstadt unter dem Motto „Gegen Multikulti & Hartz IV – Das Volk sind wir!" aufmarschieren. Schnell ist nach den Gegendemonstrationen der Aufmarschort der Neonazis eingekreist, Polizeisperren sind überwunden, Barrikaden entstehen an der Marschroute und werden in Brand gesetzt. „Wir haben ein Recht, auf unserer genehmigten Route zu marschieren", wettert derweil der Neonazianführer Thomas Wulff. Über zwei Stunden können die 450 Neonazis, darunter auch Bewohner des „Heisenhofs" aus dem niedersächsischen Dörverden, nicht losgehen.

Zu Beginn der Demonstration verkündet Wulff die rechtlichen Auflagen noch mit Anmerkungen wie: „Solange dieses Recht noch gilt", oder „Das werden wir auch abschaffen". Wochenlang hatte die NPD den Aufmarsch als Wahlkampfaktion beworben, kurzfristig sagte jedoch der Landesvorstand um Uwe Schäfer die Unterstützung aus Sorge vor „verdrehten Darstellungen" ab. Kein Grund für den NPD-Kandidaten Peter von der Born, dem Aufmarsch fern zu bleiben und für die FK nicht die NPD-Plakate „Schnauze voll", „Quittung für Hartz IV" und „Gute Heimreise" zu tragen.

Eine Woche zuvor hatten NPD und FK in dem Landgasthof „Heilshoop" die enge Zusammenarbeit im Wahlkampf mal wieder bekräftigt. Über 60 Neonazis waren am 21. Januar in den von Dieter Kern, Vorsitzender des Bündnis Rechts für Lübeck (BRL), gepachteten Gasthof in Heilshoop gekommen. Mehr hatte die NPD zu der Veranstaltung, die sich gezielt an die eigenen Sympathisanten richtete, nicht erwartet. „Die Jahre der Spannungen sind vorbei", erklärte Wulff und betonte: „Wir ziehen jetzt an einem Strang – Jung und Alt – um in die Parlamente zu kommen". Gleich nach dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren hätten Kader der FK die ersten Gespräche mit der Partei geführt. Die Geschlossenheit der „Volksfront" könnte, wie in Sachsen, zum Wahlerfolg führen, hob das neue NPD-Mitglied hervor, und erläuterte, dass „Wahlen" in Deutschland eben noch immer der „Weg zur Macht" seien. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt ergänzte, der Unmut gegen „Hartz IV" müsse genutzt werden, und unterstrich: „Niemals mehr getrennt. Miteinander ist angesagt". Längst hätten sich viele Republikaner im Norden, entgegen dem Kurs der Parteiführung, der „Volksfront" zugewendet. Das BRL reihte sich indes stillschweigend ein.

Nicht bloß Gerede: NPD und FK bemühen sich, zusammen Wahlplakate aufzustellen und Wahlflyer zu verteilen. Immer wieder treten sie in größeren Städten und kleinen Gemeinden des Bundeslandes gemeinsam auf. Seit mehreren Tagen geben sie auch die Wahlkampf-CD „Schnauze voll" kostenlos heraus. Mit den über 5000 Rechts-Rocksamplern wollen sie gezielt die Erst- und Jungwähler ansprechen. Am Lübecker Busbahnhof soll die Verteilung „bei der Bevölkerung gut angekommen" sein. Anders an der Geschwister-Scholl-Schule der Stadt. Der Aktion folgte sogleich der Protest von Schülern und Lehrern. An vielen Schulen Schleswig-Holsteins hatten Schülervertretungen und Lehrerschaft schon im vergangenen Jahr, nachdem die NPD ankündigte eine „Schulhof-CD" verteilen zu wollen, Projekttage gegen Rechts veranstaltet.

Vor allem an Berufschulen, so die NPD, soll die CD verbreitet werden. Weitere Wahlveranstaltungen sind geplant. Der NPD-Wahlkampfleiter Ingo Stawitz hofft auf 7 Prozent der Stimmen. Nach Umfragen liegen sie bisher bei 2,5 Prozent. 10 Prozent der Jungwähler können sich aber vorstellen, bei der NPD ihr Kreuz zu machen.

Andreas Speit

Angeblich gewaltfrei

Bis in den März hinein wird in München gegen Mitglieder der Kameradschaft Süd verhandelt.

Wenn alles nach Plan läuft, wird am 9. November 2006 das neue Jüdische Zentrum auf dem Jakobsplatz in München eröffnet. Der Grundstein war am 9. November 2003 gelegt worden. Vier Münchner Neonazis sollen geplant haben, dort an diesem Tag eine Bombe zu zünden. Seit November 2004 wird ihnen vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht der Prozess gemacht. Der Vorwurf lautet auf Bildung einer terroristischen Vereinigung. Die Mitglieder der nunmehr zerschlagenen Kameradschaft Süd weisen allerdings unisono zurück, dass es konkrete Anschlagspläne gegeben habe.

Man habe sich zwar über das Jüdische Zentrum geärgert, doch niemals ein Bombenattentat in Erwägung gezogen. Vielmehr sei über eine Demo oder Mahnwache geredet worden. Die Gruppe sprach nach Angaben des Mitangeklagten David Schulz (22) davon, einen Schweinekopf auf den Jakobsplatz zu legen, weil dann das Gelände nicht mehr koscher gewesen wäre. Der Termin für die Grundsteinlegung war den Neonazis ein Dorn im Auge, da sie den 9. November (Hitlerputsch 1923) für sich reklamierten.

Ansonsten hat die Kameradschaft angeblich nichts Böses im Schilde geführt: Ziel sei es auf alle Fälle gewesen, gewaltfrei politisch zu arbeiten. Auch die Übungen mit so genannten Soft-Air-Pistolen im Umland hatten angeblich keinen ernsthaften Hintergrund. Für mich war es reine Gaudi, sagte Alexander Maetzing (28) vor Gericht.

Nachdem der mutmaßliche Rädelsführer Martin Wiese (29) zu Beginn kundgetan hatte, sich nicht zu den Vorwürfen äußern zu wollen, änderte er Anfang Januar seine Meinung und gab eine Stellungnahme ab. Es habe niemals Anschlagspläne oder Vorbereitungen dafür gegeben. Bezüglich des Sprengstoffs, der gefunden wurde, sagte Wiese, er habe ihn verkaufen wollen, um damit seine späteren politischen Aktivitäten zu finanzieren.

Wiese wird jetzt von Gerald Aßner, der auch Karl-Heinz Statzberger (24) verteidigt, sowie dem Regensburger Anwalt Günther Herzogenrath-Amelung vertreten. Letzterer ist in der Szene kein Unbekannter: Er verteidigte bereits Mitglieder der Skinheads Sächsische Schweiz, Jens Pühse (NPD-Bundesvorstand) oder auch den Kriegsverbrecher Erich Priebke. Besonders bemerkenswert: Nach Informationen der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) führte Herzogenrath-Amelung 2003 eine Rechtsschulung für die Mitglieder der Kameradschaft Süd durch. Wie die SZ weiter berichtete, hat das Bayerische Innenministerium es abgelehnt, dem Verfassungsschützer, der den V-Mann Didier M. lenkte, eine Aussagegenehmigung zu erteilen. Der Spitzel, ein französischer Neonazi, soll laut Anklageschrift beteiligt gewesen sein, als sich Wieses Truppe Waffen besorgte.

Während der Prozess noch bis in den März hinein terminiert ist, sorgen weitere Münchner Rechtsaußen für Schlagzeilen: So organisierte der REP-Stadtrat Johann Weinfurtner am 23. Januar ein Neujahrstreffen, bei dem Vertreter der NPD, der Deutschen Partei und des Schutzbundes für das Deutsche Volk aufkreuzten. Der NPD-Bundesvize und Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag Holger Apfel erschien, dazu waren der revisionistische Militärhistoriker Walter Post sowie Thomas S. Fischer, Mitglied der CSU und der Deutschlandbewegung, angekündigt. Den Sicherheitsdienst im Saal des Hotels „Zur Post“ hatte die von Norman Bordin angeführte Kameradschaft München übernommen. Weinfurtner steht mittlerweile selbst den REP zu weit rechts und soll aus der Partei ausgeschlossen werden. Anlässlich des Treffens wurde ein so genanntes Münchener Bekenntnis unterzeichnet, das zum Schulterschluss aller deutscher Patrioten aufruft. Die Rechtsextremisten wollen alles versuchen, dass Wahlbündnisse endlich Normalität werden und alte Streitigkeiten beigelegt werden.

Für den 13. Februar hat die NPD in München eine Dresden-Mahnwache anberaumt. Die Jungen Nationaldemokraten (JN) haben bei der neu geschaffenen Internet-Plattform Nationales Infoportal Bayern ihre Finger mit im Spiel. Dabei soll es sich um ein Projekt des Aktionsbüros Süd, der JN München, der freien Kameradschaft München, der Kameradschaft Weiße Wölfe (Roding), der Gruppierung NFD (NationaleFreunde-Deutschland), der NPD Bayern sowie der Rechtsrock-Band „Edelweiss“ handeln.

Magnus Bosch

Bedrohung in der Szene

Rechts-Autonome provozieren die altgedienten Kader.

Bei Neonazidemos bevorzugen sie die vorderen Reihen. Kleidung und Transparente verraten die Anleihen bei Linksautonomen. „Fight the system" heißt es ohne Scheu vor Anglizismen schon mal in Demonstrationsaufrufen. Statt Marschmusik und Rennicke bevorzugen sie zuweilen Punk oder gar Hiphop. „Autonome Nationalisten" nennt sich dieser Teil des Neonazispektrums, der mit seinem „Black Block" bei Aufmärschen auffällt.

Das Auftreten der Rechts-Autonomen ist noch aggressiver als das „gewöhnlicher" Neonazis. Sie begründen dies mit einer Bedrohung durch Staat oder Antifa. Doch im Augenblick scheint die Gefahr aus einer ganz anderen Richtung zu kommen. „Tatsache ist", schrieb Christian Worch unlängst im Forum der Internetpräsenz „Freier Widerstand", „dass ein Kreis von angeblich oder tatsächlich führenden Leuten aus Zusammenhängen des freien Widerstandes mindestens erwogen hat, bei Demonstrationen gegen den Block mit gewaltsamen Mitteln vorzugehen oder beispielsweise diese Netzwerkseite nebst Forum entweder zu hacken oder aber gegen die Moderatoren mit körperlicher Gewalt vorzugehen." Wenige Tage zuvor hatten die Macher jener Internetseite bereits eine „unnötige Klarstellung" veröffentlicht, in der sie klagen, nicht selten werde ihre Seite von den Gegnern der „Autonomen Nationalisten" als „Ursprung allen Übels benannt".

Tatsächlich tummeln sich im Forum der Seite die Anhänger des „Autonomen"-Konzepts. Sie sind zwangsläufig eine Provokation für viele altgediente Neonazi-Anführer. „Man will aus der ewigen schwarz-weiß-roten Deutschtümelei ausbrechen und einen neuen Weg beschreiten", schreibt ein „Autonomer". 1933er-Romantik und feste verkrustete Strukturen seien nicht mehr zeitgemäß, bekommen die Altvorderen zu lesen. Die Modernisierungsversuche der „Autonomen" haben freilich Grenzen. An der Ideologie wird nicht gerüttelt. „Wir selber sehen uns als Teil der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland und bekennen uns zu Volk, Nation und Rasse", wird auf der Homepage beteuert.

Tomas Sager

Wahlkampf mit Musik

Mit Konzerten wird das Fußvolk der Neonazis bei der Stange gehalten.

Die Fahrt dauerte keine zwei Stunden. Nach dem Neonaziaufmarsch am Samstag, den 29. Januar in Kiel konnten geneigte Teilnehmer dann gleich zu einem Rechtsrockkonzert nach Tostedt fahren. Die Kader der militanten Neonaziszene wollten den Kameraden mal wieder auch privaten Spaß anbieten, um sie enger anzubinden. Am Samstagabend erfreuten sich über 150 Neonazis an dem Event in der niedersächsischen Kleinstadt.

Das Konzert im „Rockschuppen" auf einem ehemaligen Bahnhofsgelände war als „Geburtstagsfeier" getarnt. Die meisten Gäste des „Schuppen" kamen aus Hamburg, Verden und Rotenburg. Neonazis mit „Landser"-Pullovern kontrollierten den Einlass an der Tür . Die Band „Landser" ist zwar als „kriminelle Vereinigung" verurteilt, doch der Richterspruch ist noch nicht rechtskräftig. Laut Angaben der Polizei sollen die Bands an dem Abend keine verbotenen Texte gesungen oder verfassungsfeindliche Zeichen verwendet haben. „Wir haben das überprüft", hob ein Beamter der Polizei Winsen/Luhe hervor. Die Namen der Rechtsrock-Bands – „Civico 88" (Italien), „Terroritorium" (Raum Hannover) und „Confident of Victory" (Senftenberg) – waren den Beamten aber unbekannt. Im Vorfeld stellte die Polizei allerdings bei Kontrollen inkriminierte Rechtsrock-CDs und waffenähnliche Gegenstände sicher.

Seit Jahren organisiert die Tostedter Neonaziszene Konzerte. Am 17. Januar sollte der rechte Barde Frank Rennicke im „Rockschuppen" auftreten. Heiser von vier Wahlkampfauftritten für die NPD in Schleswig-Holstein, sang er jedoch nur drei Lieder mit dem Publikum, die dafür extra die Liedtexte erhielten. Den weiteren Abend über lauschten die über 100 Gäste dem Liedermacher „Nico". Zwischendurch wurden die Gäste über den NPD-Wahlkampf informiert. Alleine die 12 Euro Eintritt ärgerten einen Besucher, und, dass die Polizei die Veranstaltung kurzfristig für beendet erklärte.

Andreas Speit

"Ein besseres Deutschland"

"Bürgerinitiative" agitiert gegen Türken.

Seit Ende vergangenen Jahres ist eine „Bürgerinitiative für ein besseres Deutschland“ aktiv. Kopf der neuen Bürgerinitiative ist mit Lars Käppler ein alter Bekannter. Der 29-Jährige agiert seit seinem Ausstieg bei den Jungen Nationaldemokraten Ende der 90er Jahre in einem Geflecht von neonazistischen Kleinorganisationen, Verlag-, Versand- und sonstigen Aktivitäten. Käppler führte bis zum Sommer des vergangenen Jahres die Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft an. Gegenüber dem baden-württembergischen Verfassungsschutz erklärte er im September per Fax, dass er „aus der BDVG ausgetreten und gleichsam als deren Bundesleiter zurückgetreten sei.“

Im Mittelpunkt der Agitation der rechtsextremen Bürgerinitiative steht die Kampagne „Die Türken kommen! – Ist Deutschland noch zu retten?“, nach Eigenangabe läuft diese „hervorragend an. Die ersten 100 000 Flugblätter sind schon weg!“ Bestellt werden können die Materialien über eine Postfach-Adresse in Heilbronn, hinter der Käppler steckt. Das Postfach diente bereits als Adresse der Plattform Neue Ordnung, eines 2004 initiierten Dachverbandes von BDVG und der Bewegung Neue Ordnung (BNO). Verteilt werden die Propagandamaterialien der Bürgerinitiative auch an Schulen, so jüngst an einem Gymnasium in Bernhausen (Kreis Esslingen). Für den 26. März ist eine „geschlossene, nichtöffentliche Versammlung“ an einem noch nicht bekannt gegebenen Ort in Württemberg angekündigt. Als Redner sollen der österreichische Verschwörungstheoretiker Gerhoch Reisegger und der österreichische Neonazi Andreas Thierry auftreten. Thierry ist Käppler seit Jahren politisch verbunden. Er ist seit vergangenem Jahr offizieller Eigentümer des zuvor leerstehenden Gasthofes Goldenes Kreuz in Rosenberg-Hohenberg bei Ellwangen. Der Gemeinderat muss gegenwärtig entscheiden, ob der Eigentümer Lagerräume bauen darf. In der Lokalpresse wird spekuliert, ob Käppler mitsamt seinem Verlag und Versand nach Rosenberg-Hohenberg ziehen will. In Ellwangen befindet sich ein Schwerpunkt der bisherigen Aktivitäten der BDVG.

Hannes Berger

Gezielter Anschlag

Jugendtreffs im Visier der Rechtsextremen.

In den Morgenstunden des 23. Januar wurde auf den Jugendklub Dosto im brandenburgischen Bernau in der Nähe von Berlin ein Brandanschlag verübt. Ein Brandsatz durchschlug ein Fenster des Seminarraums. Das Feuer konnte schnell gelöscht werden, so dass sich die materiellen Schäden in Grenzen hielten. Doch für die Dosto-Mitarbeiter und Besucher ist der Schock groß.

In einer von ihnen verfassten Pressemitteilung heißt es: „Kurz vor diesem Anschlag, am 22.1.05, inszenierte die lokale rechtsextremistische Szene eine Demonstration gegen unser Jugendprojekt. Dies war der bisher deutlichste Höhepunkt einer Reihe von Aktionen diverser Kameradschaften und rechter Cliquen, die in Flugblättern, auf Aufklebern oder in Internetseiten die Schließung, das Abbrennen oder Zerstören des Dosto forderten.“ Das Motto des von einem „Nationalen Bündnis Preußen“ angemeldeten Aufmarsches lautete: „Gegen die Neufinanzierung des Dosto, keine Kohle für Chaoten, fördert die deutsche Jugend“.

Der rechte Protest entzündete sich an der Entscheidung der Bernauer Stadtverordnetenversammlung, dem Dosto den Umzug in ein größeres Gebäude zu ermöglichen. Unter den cirka 40 Teilnehmern waren Mitglieder der NPD und ihr nahe stehende Gruppen vertreten, NPD-kritische Kameradschaften aus Brandenburg blieben fern.

Das Dosto ist ein in der Region rund um Berlin bekannter Treffpunkt nichtrechter Jugendlicher. „Wir haben nicht Klubs für Linke und Rechte. Wir haben nur Klubs für demokratische Jugendarbeit und die Rechten sind keine Demokraten“, meinte die Referentin des Bernauer CDU-Bürgermeisters Eva-Maria Rebs. Die Dosto-Mitarbeiter sehen den Anschlag nicht isoliert. Immer wieder kommt es zu verbalen und auch tätlichen Übergriffen auf nichtrechte Jugendklubs. So wollten am 21. Januar fünf Jugendliche aus der rechten Szene Zugang zum Jugendklub Horte in Straußberg bei Berlin. Nachdem sie Hausverbot bekommen hatten, verletzte einer der Rechten eine Person mit einen Hammer.

Peter Nowak

Illustre Verbindung

Geschichtsrevisionisten geben sich bei der Burschenschaft Danubia ein Stelldichein.

Auf dem Haus der Münchner Burschenschaft Danubia finden am 12./13. Februar die „22. Bogenhausener Gespräche“ statt. Referenten sind die Geschichtsrevisionisten Ernst Nolte, Walter Post und Heinz Magenheimer, die den Danuben auch schon früher als Gesprächspartner zur Verfügung standen. Getagt wird zum Thema „60 Jahre nach Kriegsende – Leistungen und Irrtümer“.

Die Burschenschaft Danubia gehört zum radikal völkischen Flügel des Dachverbandes der Deutschen Burschenschaft (DB). Zu Beginn des Jahres 2001 wurde die Danubia unter Beobachtung des bayerischen Verfassungsschutzes gestellt. Die Danuben haben Vertretern der extremen Rechten wiederholt ein Podium in ihren Räumen und der von ihnen herausgegebenen „Danuben-Zeitung“ geboten. Dem Haupttäter eines brutalen Neonazi-Angriffs auf einen Griechen Mitte Januar 2001 in München wurde anschließend in der Burschen-Villa eine Übernachtungsmöglichkeit verschafft. In den 70er Jahren galt die Burschenschaft Danubia als Kaderschmiede für die NPD-Studierendenorganisation Nationaldemokratischer Hochschulverband (NHB). Ende der 80er Jahre war sie vorübergehend eng mit den Republikanern liiert. Die repräsentative Villa, in der die Danuben heute residieren, wurde 1938 im Rahmen der Judenverfolgung arisiert. Ihre rechtmäßigen Besitzer begingen in der NS-Zeit Selbstmord.

Bekanntester Referent der anstehenden Tagung ist der wegen seiner „fragwürdigen Theorien über den Nationalsozialismus berüchtigte Historiker“ („Die Zeit“) Ernst Nolte (Jg. 1923). Der „Stammtisch-Stratege“ („Der Spiegel“) Nolte wirbt seit vielen Jahren „um Verständnis für den Nationalsozialismus, er ist bemüht, ihn zu verteidigen und natürlich die deutschen Verbrechen zu bagatellisieren.“ (Marcel Reich-Ranicki). 1986 wurde Nolte durch den so genannten Historikerstreit bekannt, als er die Frage nach einem „kausalen Nexus“ zwischen Gulag und Auschwitz aufwarf: „War nicht der Archipel Gulag ursprünglicher ‘als Auschwitz?’“

Nolte, Träger des Konrad-Adenauer-Preises für Wissenschaft 2000, plädiert Eigenangaben zufolge „für einen wissenschaftlichen Umgang mit den argumentierenden ‘Auschwitz’-Revisionisten“.

Der Interviewpartner des holocaustleugnenden „Journal of Historical Review“ (USA) Nolte fordert dazu auf, wie er in einem Beitrag für die neurechte Edition Antaios schreibt, „alle die zahlreichen Thesen, Legenden und Mythen, die in den ideologischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts geläufig waren, (...) im 21. Jahrhundert aus emotionalen Behauptungen bzw. aus Kampfparolen zu Objekten wissenschaftlicher, d.h. distanzierter und abwägender Erörterung“ zu machen. Im Mai 2003 setzte Nolte bei einem Vortrag in Rom Israel mit Hitler-Deutschland gleich: „Das einzige Element der Unterscheidung zwischen Israel und dem Dritten Reich könnte Auschwitz sein“. „Auch der Zionismus wollte erobern“, meinte Nolte.

Die neurechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ feiert Nolte, Referent bei der ewiggestrigen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI), als „den wichtigsten und wirkungsmächtigsten deutschen Historiker der Gegenwart“. Dieser wiederum „schätzt die ‘Junge Freiheit’ seit langem hoch, weil sie eins der wenigen Organe ist, welchen es darum geht, den Leerraum im intellektuellen und politischen Leben Deutschlands auszufüllen“.

Der österreichische Historiker Heinz Magenheimer, neben Walter Post einer der weiteren Referenten der Danuben-Veranstaltung, ist Autor der „Jungen Freiheit“, der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“, der „Deutschen Geschichte“ und der „Deutschen Militärzeitschrift“ sowie Referent bei der ZFI und dem Studienzentrum Weikersheim. Magenheimer versucht seit Jahren gebetsmühlenartig – wie Post –, die These vom „Präventivkrieg“ Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion salonfähig zu machen. Post, ehemals Mitglied des Lehrkörpers der Münchner Hochschule für Politik, referiert mit Vorliebe in verfassungsfeindlichen Kreisen, darunter bei der Gesellschaft für freie Publizistik, der NPD-nahen Deutschen Akademie und den Kärntner Kulturtagen. Ferner ist Post Buchautor des holocaustleugnenden Grabert-Verlages in Tübingen.

Anton Maegerle

Ausland

Auf Tauchstation

Hoffnungsträgerin des FN lässt Parteiämter ruhen.

Marine Le Pen, die Tochter des Front National-Chefs, war die Zukunftshoffnung des 76-jährigen Parteigründers. Seit dem Ausgang der Präsidentschaftswahl vom Frühjahr 2002 hatte sie an der Strategie gearbeitet, den Front National zu „entdämonisieren“ Die Mittdreißigerin und ehemalige Rechtsanwältin sollte der Partei ein jüngeres und „moderneres“ Gesicht verleihen.

Das war einmal. Seit den jüngsten Erklärungen höchster FN-Funktionäre sieht sie ihre Kommunikationsstrategie gescheitert oder jedenfalls schwer gefährdet. Im Oktober 2004 hatte Bruno Gollnisch, „Nummer Zwei“ in der Parteihierarchie, die Existenz der Gaskammern öffentlich in Zweifel gezogen. Und jüngst erklärte Jean-Marie Le Pen persönlich die Periode der Besatzung Frankreichs durch Nazideutschland für „nicht besonders inhuman“.

Wie erstmals durch einen Bericht der Tageszeitung „Le Parisien“ vom 26. Januar publik und alsbald bestätigt wurde, hat Marine Le Pen sich nach mehrtägiger Denkpause aus den Führungsgremien der Partei zurückgezogen. Demnach lässt sie ihre Ämter im obersten Führungsgremium der Partei, und wahrscheinlich im zweithöchsten Gremium ruhen, ohne sie formal niederzulegen. Auch ihre eigene Vereinigung „Générations Le Pen“, die vor allem die jüngeren Parteikader zusammenbringen sollte, wird die Aktivitäten einstellen. Ihre Mandate im Europa- und im Pariser Regionalparlament, in dem sie Fraktionsvorsitzende ist, will Marine Le Pen allerdings behalten. Ferner wird sie an der FN-Kampagne zur französischen Volksabstimmung über den EU-Verfassungsentwurf, die voraussichtlich im Juni stattfindet, aktiv teilnehmen, aber nur unter Ausschluss der Presse auftreten. Im kommenden September will Marine Le Pen dann ein Buch herausbringen, in dem sie ihre Strategie näher darlegen wird. Und bis dahin will sie keine öffentlichen Auftritte mehr absolvieren.

Bernhard Schmid

Zerstrittenes Management

Rechtsextremes Musiklabel vor dem Aus.

Knapp sieben Jahre nach seiner Gründung steht der US-amerikanische Musikvertrieb „Panzerfaust Records“ offenbar vor dem Zusammenbruch. Co-Manager Bryant Cecchini, besser bekannt unter dem Namen Byron Calvert, hat dem in Minnesota ansässigen Unternehmen den Rücken gekehrt und sich in einer über das Internet verbreiteten Erklärung von „Panzerfaust“-Gründer Anthony Pierpont distanziert. Dieser soll während eines Thailand-Urlaubes im vergangenen Jahr sexuellen Kontakt zu nicht-arischen Prostituierten gehabt haben. Außerdem bestätigte Calvert die kursierende Behauptung, Pierpont sei laut Geburtsurkunde Sohn einer Mexikanerin. Auch die Skinhead-Organisation „Hammerskin Nation“ und die Neonazigruppe „Volksfront“ haben Pierpont die Unterstützung entzogen. Die Website von „Panzerfaust“ wird bereits auf ein Nachfolgeprojekt von Calvert namens „Free your Mind Productions“ umgeleitet. Jede zukünftige Abmachung mit dem in Ungnade Gefallenen, so ist dort zu lesen, werde als Verrat angesehen.

Unter der Leitung von Pierpont und Calvert war „Panzerfaust Records“ zum Vorzeigeobjekt der extremen Rechten in den USA geworden und hatte mit einem geschätzten Jahresumsatz von mehr als einer Million Dollar den Rivalen „Resistance Records“ der National Alliance als größten Musikvertrieb abgelöst. Der Katalog umfasste rund 300 amerikanische und europäische Bands sowie Neonazi-Devotionalien aller Art. Für das Führungsduo erwies sich „Panzerfaust“ nicht nur als lukratives Geschäft, sondern als ideales Vehikel zur Verbreitung rechten Gedankenguts. Auf der Website wurde propagiert, man wolle rassistische Jugendliche nicht nur „unterhalten, sondern diese erschaffen.“

Der Verbleib vieler Bands bei dem rechtsextremen Plattenlabel ist jetzt ebenso ungewiss wie die Weiterführung der CD-Kampagne „Project Schoolyard“ (Projekt Schulhof). Gerüchten zufolge soll Pierpont bereits versucht haben, den verbliebenen Teil des „Panzerfaust“-Imperiums zu verkaufen.

Michael Funk

Seitenblick

"Gewachsene Gedenkkultur"

In Dresden mangelt es zum 60. Jahrestag der Bombardierung an der kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Mit bis zu 5000 Rechtsextremisten wird am 13. Februar gerechnet.

Es wollen „Radikale von links und auch von rechts den Tag für ihre Zwecke instrumentalisieren und für ihre Zwecke missbrauchen." Während der Vorstellung des Programms zum Jahrestag der Bombardierung der sächsischen Landeshauptstadt wollte Dresdens Oberbürgermeister Ingolf Roßberg keinen Zweifel daran lassen, dass er keinen Zweifel an „der gewachsenen Gedenkkultur" dulden werde. Insbesondere soll ein Plakat den Willen zu Frieden und Versöhnung zum Ausdruck bringen. Neben Dresden finden sich aufgereiht unter anderem Städtenamen wie New York, Bagdad, Coventry, Belgrad. Es gehe um die „Einordnung des Tages in ein ganzes Jahrhundert von Leid und Zerstörung".

Auf einer Veranstaltung vor vier Jahren hatten der Rechtsextremist Manfred Roeder, NPD-Funktionäre sowie der damalige Chef der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) Alexander Kleber, assistiert von Dresdner Bürgern, in einem städtischen Gebäude den Historiker Helmut Schnatz niedergebrüllt, als dieser sein Buch „Tiefflieger über Dresden" vorstellte, in dem er vermeintliche Tieffliegerangriffe auf Dresden widerlegte (bnr 9/00). Ein Eklat drohte in diesem Jahr dem britischen Historiker Frederick Taylor, dessen Buch „Dresden, Tuesday February 13, 1945" vor einigen Wochen auf deutsch erschienen ist. Über Tage hinweg wurde besonders in „Bild" dagegen Stimmung gemacht. Die Veranstaltung unlängst im Rathaus verlief aufgrund Taylors Zurückhaltung, aber auch wegen eines massiven Polizeiaufgebots eher ruhig.

Im Programm der Stadt finden sich Themen wie „Die Frauenkirche auf historischen Fotografien und Postkarten", „Das zerstörte Dresden in Zeichnungen und graphischen Blättern Dresdner Künstler". Warum es zur Zerstörung Dresdens kam, in welchem Kontext dies geschah und welchen Anteil „die Stadt" und ihre Bewohner daran hatten, dafür ist kein Raum zur Erörterung. Und so wirkt dann eine Veranstaltung wie „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus" oder die Ausstellung „Warschauer Ghetto" merkwürdig abstrakt, Gezeigt wird auch Nazi-Propaganda in Form der „Wochenschau" vom Februar 1945 neben Peter Weiss' Dokumentar-Stück zum Auschwitz-Prozess „Die Ermittlung". Die Aufführung fällt nicht zufällig auf den 13. Februar.

Von diesen städtischen Veranstaltungen hebt sich das vom 11. bis 14. Februar stattfindende internationale Kolloquium „Tag der Erinnerung – Tag der Begegnung – Tag der Bildung" ab. Das Zusammentreffen von Zeitzeugen der Nazi-Zeit, etwa Paul Rubintschik vom Jüdischen Häftlingsverband, mit Jugendlichen soll nach einer Erinnerungskultur fragen, die gerade nicht bereinigt ist von ihrem konkreten historischen Umfeld. Mit Gästen wie dem Bürgermeister von Wielun, der ersten bombardierten polnischen Stadt, und Tomas Kraus von den Jüdischen Gemeinden in Böhmen und Mähren soll so über die zukünftige Dimension des Erinnerns „Wenn die Täter verschwinden" diskutiert werden. Ergänzt durch Filme, Arbeitsgruppen und eine Stadtbesichtigung mit dem Thema „Dresden im NS" soll das Kolloquium der internationalen Verständigung dienen.

Wie jedes Jahr wird es dieses Mal am 13. Februar einen Aufzug von Neonazis und Antisemiten geben, für den, angemeldet wie immer von der JLO, mit einer Beteiligung von bis zu 5000 Personen aus dem In- und Ausland gerechnet wird. Von Seiten der Stadt gibt es dazu, wie auch in den Vorjahren, lediglich eine Sperrung der Innenstadt. Größere zivilgesellschaftliche Gegenaktionen wie es beim Neonazi-Aufmarsch am 15. Januar in Magdeburg der Fall war, finden in Dresden nicht statt. Nachdem die JLO den vom Morgen bis zum Abend angemeldeten Platz vor dem sächsischen Landtag nach Rücksprache mit dessen Sicherheitsdienst wieder aufgegeben hatte, soll es deswegen jetzt zu deutlichen Auseinandersetzungen zwischen der NPD und der JLO gekommen sein. Inzwischen hat Holger Apfel, Chef der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, die Schirmherrschaft über die Demonstration übernommen. Er wolle, so Apfel, den zentral und öffentlichkeitswirksam gelegenen Platz vor dem Landtag haben und dafür alle rechtliche Schritte einleiten.

Lukas Kililan

Veranstaltungsliste: www.dresden.de/13.Februar

Demokratische Initiativen

Verantwortung zeigen

Bei der Erinnerungsarbeit an den 27. Januar waren die Medien zum 60. Jahrestag besonders aktiv.

Es begann am 24. Januar dieses Jahres in den öffentlich-rechtlichen Sendern „Arte“ und Westdeutscher Rundfunk (WDR) und endete am 27. Januar in der ARD – der 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz. Den Anfang machten WDR und Arte mit der Wiederholung der ersten Folge des amerikanischen Spielfilms „Holocaust“. Die drei weiteren Teile zeigten Arte und WDR an den folgenden Tagen bis zum 27. Januar und zwar nicht kurz vor Mitternacht, sondern abends am 20.40 Uhr bei Arte und um 20.00 Uhr im WDR. Bei der ersten Sendung im Januar 1979 war die Zahl der Zuschauer kontinuierlich von 31 Prozent über 35 und 37 auf schließlich 41 Prozent angestiegen. 20 Millionen Bundesbürger hatten sich damals vier Abende nacheinander am Bildschirm versammelt, um die Geschichte des jüdischen Berliner Arztfamilie Weiß zu sehen. „Holocaust“ war eine Art von Zeitenwende beim Umgang mit demVölkermord. Arte beließ es nicht bei den vier Folgen, sondern zeigte am ersten Abend anschließend noch „Wir müssen das erzählen“ – die Erinnerungen eines Auschwitz-Überlebenden. Am 26. brachte Arte mit „KZ Falkenau“ die Dokumentation des US-Regisseurs Samuel Fuller über dieses weitestgehend unbekannte Lager in Böhmen, zu dessen Befreiern Fuller gehört hat.

Am 25. Januar übertrugen das ZDF und „Phoenix“ mittags die Gedenkstunde des „Internationalen Auschwitzkomitees“ aus dem Deutschen Theater in Berlin mit Gerhard Schröders höchst bemerkenswerter Rede. Die Feier im Bundestag am Jahrestag war nachmittags in der ARD und ebenfalls bei Phoenix mitzuerleben. An diesem Tag konnte man nochmals bei Arte „Im Winter werden die Tage länger“ sehen – eine französische Dokumentation über den Schriftsteller Joseph Bialot, der Auschwitz überlebt hat. Auch der Bayerische Rundfunk (BR) beteiligte sich am 27. Januar aktiv und vorzüglich an der Erinnerungsarbeit mit „Auschwitz, 17. Juni 1942“. An jenem Tag besichtigte SS-Chef Heinrich Himmler die Todesfabrik. Ein ausgezeichneter Beitrag zur Zeitgeschichte. Der Südwestrundfunk (SWR) war besonders aktiv im Gedenken. Fast 30 Beiträge in Hörfunk, Internet und Fernsehen galten dem Jahrestag und der NS-Zeit. Mit „Der Tod lebt weiter“ beteiligte sich der Hessische Rundfunk (HR) am Rückblick auf die NS-Jahre, indem er die Kinder von Auschwitz in den Mittelpunkt stellte.

Auf Länderebene haben sich diesmal NRW und Bayern besondere Verdienste erworben. In beiden Ländern trafen sich die Abgeordneten zu Sondersitzungen im Parlament. In Düsseldorf lobte der frühere Botschafter Israels in der BRD, Avi Primor, den Umgang Deutschlands mit der eigenen Vergangenheit. „Wo“, fragte er rhetorisch, „hat man eigentlich jemals in der Welt eine Nation gesehen, die Mahnmale zur Verewigung der eigenen Schande errichtet? Dazu haben bislang nur die Deutschen den Mut und die Demut gehabt.“

Dieser Überblick ist keinesfalls vollständig. Selbstverständlich waren auch die anderen Dritten Programme dabei sowie 3SAT. Kein öffentlich-rechtlicher Sender hat sich verweigert und das gilt auch für die Tagespresse. In den meisten Blättern beherrschte die Gedenkstunde des Bundestages die Titelseiten des folgenden Tages. Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete über Joschka Fischers Besuch im griechischen Thessaloniki, wo er an der Trauerfreier der Jüdischen Gemeinde im Konzertsaal der Stadt teilnahm. Die Stadt war bis 1943 Heimat einer der größten jüdischen Gemeinden Europas. 96 Prozent der 50 000 Gemeindemitglieder haben die Deutschen ermordet. Die Besatzer haben der Gemeinde sogar das Geburtsregister geraubt. Später hat die Rote Armee in Berlin dieses Archiv als Beute mitgenommen. Russland verlangt für die Rückgabe einen hohen Preis. Vielleicht kann Berlin helfen?

Eines darf man 60 Jahre nach der Befreiung feststellen: Möge es bis dahin immer noch Leute gegeben haben, die sagten, von Auschwitz nichts zu wissen – jetzt können sie sich nicht mehr auf diese bequeme Weise aus der Verantwortung stehlen. Die Zahl der noch lebenden Täter tendiert langsam gegen Null. Das gilt in Kürze auch für die Zeitzeugen. Wer heute lebt, ist fast ausnahmslos unschuldig. Das heißt aber nicht, man sei nicht verantwortlich – zumindest dafür, dass Auschwitz eine singuläre Katastrophe der Menschheit bleibt.

Heiner Lichtenstein

Blick in die Zeitgeschichte

Phantomsuche

Eine Kopfprämie zur Aufspürung von noch lebenden NS-Verbrechern verspricht wenig Erfolg.

Das Datum war gut gewählt. Einen Tag vor dem 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, am 26. Januar, gab der Leiter des Jerusalemer Simon-Wiesenthal-Zentrums, Efraim Zuroff, in Berlin bekannt, die Suche nach mutmaßlichen NS-Tätern werde nun von Osteuropa auf Deutschland ausgeweitet. Aryeh Rubin, der Initiator der Aktion, sagte: „Wir dürfen nicht zulassen, dass Tausende von Mördern frei herumlaufen, ihnen muss Gerechtigkeit widerfahren." Wer einen Hinweis gibt, der zur Verurteilung eines Täters führt, erhält 10 000 US-Dollar. Kommt es lediglich zu Ermittlungen, werden 1000 Dollar gezählt.

Zuroff weiß in der Theorie, wie Spuren entdeckt werden können. Als er vor drei Jahren in Osteuropa seine „Operation Last Chance" startete, war das anfängliche Interesse groß. Besonders in den drei Baltischen Staaten unterstützten einige Medien Zuroffs Aktion. Danach freilich wurde es still um Zuroff und seine Suche. Im Herbst 2004 sah man ihn bei Pressekonferenzen mit wenigen Journalisten in dunklen Hinterzimmern. In Litauen bekam er 198 Hinweise aus der Bevölkerung. 45 Namen wurden schließlich an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. In Lettland verlief alles im Sand und in Polen führte kein Tipp zu einer offiziellen Untersuchung. Zuroff kündigte damals an, demnächst über den Fortgang von „Last Chance" zu informieren. Offenbar setzt er auf die von seinem Institut ausgelobte Prämie.

Die hat ein Vorbild. Geschaffen hat es der Mann, dessen großen Namen das Institut jetzt trägt: Simon Wiesenthal, der am 31. Dezember 2004 seinen 96. Geburtstag gefeiert hat. Es war 1964, als jemand in Wiesenthals Büro in der Wiener Salztorgasse klingelte. Der Gast kam unmittelbar zur Sache. Er lege Wert darauf, anonym zu bleiben, habe aber eine für Wiesenthal wohl wichtige Information. Er wisse, wo Franz Paul Stangl sich aufhalte und verlange 25 000 US-Dollar. Stangl stand damals auf Wiesenthals Suchliste an dritter Stelle. Vor ihm rangierten der Chef der „Kanzlei des Führers", Martin Bormann, und Gestapochef Heinrich Müller. Ihm folgte eben Franz Paul Stangl, der Chef der Vernichtungslager Treblinka und Sobibor, in denen mindestens eine Million Juden ermordet worden sind. Als Wiesenthal Details wissen wollte, fragte der Fremde, ob er die Geldsumme bekommen werde. Darauf Wiesenthal: So viel Geld werde er nicht zusammenbekommen. Da Stangl wegen 700 000-fachen Mordes gesucht werde, komme auch eine stattliche Summe heraus, wenn er für jedes Opfer einen Cent erhalte: 7000 Dollar. Man einigte sich, Wiesenthal erfuhr, dass Stangl im VW-Werk in Brasiliens Hauptstadt Sao Paulo arbeite. Wiesenthal setzte seine Fahndung in Gang, Stangl wurde gefunden, ausgeliefert und am 13. Mai 1970 in Düsseldorf vor Gericht gestellt. Das Urteil erging am 22. Dezember 1970: Lebenslange Haft wegen gemeinschaftlichen Mordes an mindestens 400 000 Juden. Es ist nie rechtskräftig geworden, weil Stangl es angefochten hat. Er starb am 28. Juni 1971 als Untersuchungshäftling in Düsseldorf an den Folgen eines Herzanfalls. Der Informant hat keinen Cent bekommen.

Zuroff will es nun grundsätzlich mit Geld versuchen. Die Aktion verspricht wenig Aussicht auf Erfolg. Zwar sagt Zuroff zutreffend: „Wir wissen, dass die Leute nur selten alles über einen Nazitäter wissen, aber wir bitten sie, uns das Wenige, das sie erfahren haben, mitzuteilen." Kampagnen-Initiator Rubin versucht, sich und seiner Aktion Mut zu machen. „Ich kann mir vorstellen, dass es einige Leute gibt, die Reue spüren." „Last Chance" sucht unter anderem nach Aribert Heim, einen besonders skrupellosen und grausamen SS-Arzt des KZs Mauthausen in Österreich. Heim soll Häftlingen ohne Narkose innere Organe entnommen haben. Er wird seit Jahrzehnten gesucht, auch von Simon Wiesenthal. Die Staatsanwaltschaft Baden-Baden hat im September 1988 ihre Heim-Prämie auf 250 000 DM erhöht. Man kennt von Heim sehr viel: Eine Narbe quer zum rechten Mundwinkel, auffallend große Füße, seine Körpergröße von immerhin 190 Meter. Heim würde, falls er noch lebt, jetzt 90 Jahre alt sein. Zuroff und seine Helfer wissen. dass Greise kaum noch verhandlungsfähig sind. Die Operation „Last Chance", die unter anderem vom Fritz-Bauer-Institut wegen der Kopfprämie abgelehnt wird, mag gut gemeint sein. Erfolg verspricht sie eher nicht.

Heiner Lichtenstein

Rezensionen

Ein ungewöhnlicher Wandel

Der blumige und langatmige Schreibstil von Yuri Winterberg und seinem Co-Autor Jan Peter wird nicht unbedingt diejenigen Leserinnen und Leser des Buches „Der Rebell – Odfried Hepp, Neonazi, Terrorist, Aussteiger" zufrieden stellen, die sich schlichtweg handfeste Informationen über den ungewöhnlichen Wandel von Hepp versprechen. Elementare Fragen werden nicht ganz überzeugend beantwortet. Das gilt etwa für die konkreten Schlüsselerlebnisse, die Hepps Lossagen vom Rechtsextremismus erst ermöglicht haben.

Odfried Hepp kommt im April 1958 als fünftes Kind von Lotte und Armin Hepp zur Welt. Seinen Namen „verdankt" er dem „Reichsamtmann" der Deutschgläubigen Gemeinschaft, einer rechtsgerichteten religiösen Organisation. In ihr ist Armin Hepp aktiv. In diesem Sinne werden auch Odfried und seine Geschwister erzogen. Der Vater persönlich sucht für den Sohn eine Jugendorganisation aus, die seinen politischen Vorstellungen entspricht. So landet Odfried Hepp zunächst beim Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) und später bei der Wiking-Jugend (WJ). Im März 1979 wird Odfried Hepp zum WJ-„Horstführer" in seinem heimischen Landkreis gewählt. Und drei Monate darauf macht er einen Karrieresprung, avanciert zum „Gauführer Schwaben" (womit das Bundesland Baden-Württemberg gemeint war). Hepp lernt im Laufe der Zeit einige bedeutende Rechtsextremisten kennen, darunter das Ehepaar Müller aus Mainz und Manfred Roeder.

Von vielen Neonazis unterscheidet sich Hepp durch herausragende schulische Leistungen. Doch der Radikalisierungsprozess schreitet schnell voran. Im Juli 1980 begeht Odfried Hepp seinen ersten Bankraub. Das dabei erbeutete Geld soll für politische Projekte ausgegeben werden. Einen Monat später ernennt ihn Wehrsportgruppen-Führer Karl-Heinz Hoffmann zu seinem Stellvertreter. In einem Lager der WSG Hoffmann im Libanon kommt es zu schweren Misshandlungen von „Kameraden", die Hepp anwidern. Er flieht, wird erwischt und als Gefangener gehalten. Auch unter diesen Eindrücken wendet sich Odfried Hepp vom nationalsozialistischen Gedankengut ab. Stattdessen entwickelt er Sympathien für den Terrorismus von rechts. Im Juni 1982 veröffentlicht er gemeinsam mit Walter Kexel das Manifest „Abschied vom Hitlerismus", bei dem es sich Winterberg zufolge um „das einzige theoretische Papier des rechtsextremen Terrorismus in Deutschland" handelt. Darin wollen Hepp und Kexel der Friedensbewegung und den Linksterroristen die Hand im Kampf gegen die westlichen Besatzungsmächte reichen.

Im November 1982 verübt Odfried Hepp seinen ersten terroristischen Anschlag. Zuvor plant er gemeinsam mit Peter Naumann die Befreiung von Rudolf Heß aus dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis. Nach mehreren Attacken gegen US-Soldaten im Rhein-Main-Gebiet wird auf Hepp ein Kopfgeld von 50 000 Mark ausgesetzt. Selbst über die TV-Sendung „Aktenzeichen XY" wird er gesucht. Zu dieser Zeit hält er sich jedoch bereits in der DDR auf, wo er sich dem Ministerium für Staatssicherheit als geheimer Zuträger zur Verfügung stellt. Als es ihn 1985 nach Frankreich verschlägt, lernt er eine aus Marokko stammende Französin kennen – und verliebt sich in sie.

Im Oktober 1987 wird Odfried Hepp wegen versuchten Mordes, Banküberfällen und weiteren schweren Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von zehneinhalb Jahren verurteilt. Er erweist sich als geständig und mehr als das: Aufgrund seiner belastenden Aussagen wird der Bombenbauer Peter Naumann 1988 unter anderem wegen Verstößen gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz für vier Jahre und sechs Monate weggesperrt. Im Dezember 1993 wird Hepp aus dem Gefängnis entlassen, arbeitet seitdem als Übersetzer für Französisch und Arabisch.

Die große Schwäche des Buches ist, dass der Wandlungsprozess von Hepp benannt wird, aber nur schwer nachvollzogen werden kann. Interessant ist aber das von Winterberg gezogene Fazit: „Der Mythos, die rechte Gewaltszene bedrohe ihre Aussteiger mit Fememorden (dankbar in den Medien aufgenommen), mag den rechten Ideologen zwar willkommen sein, entspricht aber kaum der Wirklichkeit. Wer aussteigen will, der kann das. (...) Mut gehört fraglos dazu, Todesmut jedoch nicht."

Thomas Klaus

Yury Winterberg/Jan Peter: Der Rebell – Odfried Hepp. Neonazi, Terrorist, Aussteiger, Gustav-Lübbe-Verlagsgruppe, Bergisch Gladbach, 2004 382 S.19,90 .€

Meldungen

Gewaltverherrlichung

Dortmund – Die Staatsanwaltschaft hat beim Schöffengericht des Amtsgerichts Dortmund Anklage gegen drei Mitglieder der Neonazi-Musikband „Weisse Wölfe“ erhoben. Ihnen wird Volksverhetzung und Gewaltverherrlichung vorgeworfen, begangen 2002 durch die Veröffentlichung der CD „Weisse Wut“. Zu den Angeklagten gehören Stjepan Jus (29) aus Arnsberg, der Sänger der Band, sowie Marko Gottschalk (33) aus Dortmund, Sänger der Rechtsrock-Band „Oidoxie"“, der bei den „Weissen Wölfen“ als Schlagzeuger mitgewirkt haben soll. Außerdem ist ein Lüdenscheider, der als Gitarrist bei der Aufnahme mit dabei gewesen sein soll, angeklagt. Ermittelt wurde von der Staatsanwaltschaft längere Zeit auch wegen der Aktivitäten der Dortmunder Band „Oidoxie“. Sie war mit dem „Hakenkreuzlied“ auf einer neonazistischen Videoproduktion zu sehen. Etliche Verfahren seien aber im Laufe der Ermittlungen eingestellt worden, hieß es nun. (ts)

Rechtsextremist droht Todesstrafe

USA (Birmingham) – Dem im Bundesstaat Alabama inhaftierten Rechtsextremisten Eric Rudolph droht im Falle eines Schuldspruches die Hinrichtung. Wie die Staatsanwaltschaft kürzlich angekündigt hat, werde sie die Höchststrafe fordern. Ein Antrag der Verteidigung, die Todesstrafe wegen formellen Versäumnisse als Option auszuschließen, wurde vom zuständigen Richter abgelehnt. Rudolph ist wegen des Bombenanschlags auf eine Abtreibungsklinik in Birmingham angeklagt, bei dem 1998 ein Polizist getötet und eine Krankenschwester lebensgefährlich verletzt wurden. Ebenfalls zur Last gelegt werden ihm ein Attentat auf das Olympische Dorf während der Spiele von 1996 in Atlanta sowie die Anschläge auf eine weitere Klinik und einen Nachtclub aus dem Jahr 1997. Der 36jährige "lone wolf“ (Einsamer Wolf) war im Mai 2003 nach einer mehr als fünfjährigen FBI-Jagd in North Carolina gefasst worden. Das Verfahren gegen Rudolph soll trotz anhaltender Proteste der Verteidigung im Juni eröffnet werden. (mf)

Verurteilter Gewalttäter als NPD-Direktkandidat

Wuppertal – Auch bei der Nominierung der Direktkandidaten für die NRW-Landtagswahl im Mai greift die NPD auf Bewerber mit höchst zweifelhafter Vergangenheit zurück. Für den Wahlkreis Wuppertal I wurde Maik Hilgert aufgestellt. Hilgert war im Sommer 2000 an einem Überfall von Rechtsextremisten auf eine Veranstaltung an der KZ-Gedenkstätte Kemna bei Wuppertal beteiligt. Ein halbes Jahr saß er anschließend in U-Haft. Verurteilt wurde er zu einem Jahr Haft – auf Bewährung, weil er am Geschehen nicht direkt beteiligt war. Bis 2002 war er Ortsverbandsvorsitzender der NPD. Nach seinem Parteiaustritt fungierte er später als Wuppertaler „Stützpunktleiter“ des Kampfbundes Deutscher Sozialisten (KDS). (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de